



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 24. Oktober 2013 in der alten Turnhalle in Grenchen, Beginn 20.00 – 21.50 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 66, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)

Absolutes Mehr: 34

Gäste: 2

Entschuldigt:

Einzelpersonen: Robert Rohrbach, Fritz Dietiker, Markus Baumann, Magdalena Schmitter, Matthias Racine, Doris Rauber, Trudy Küttel, Yves Fankhauser, Philip Jenni, Max Flückiger, Pascale Haussener, B. Schibler, Regine Unold, Patrick Marti

Geschäftsleitung: Katrin Leuenberger, Irene Meier Reber, Rene Umher, Roberto Zanetti

Kantonsratsfraktion: Markus Ammann, Evelyn Borer, Simon Esslinger, Urs Huber, Fabian Müller, Anna Rüefli, Peter Schafer, Luzia Stocker, Karl Tanner

Rechnungsprüfungskommission: Thomas Marbet

Fachausschuss: Reiner Bernath, Thomas Flückiger

Schiedskommission: Evelyn Borer

StimmzählerInnen: Nicole Wyss, Marie-Therese, Dieter Ulrich

Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages
Begrüssung durch Boris Banga, Eröffnungsrede Franziska Roth
2. Wahlen Stimmzähler/innen
3. Genehmigung Geschäftsliste
4. Genehmigung Protokoll vom 16. Mai 2013 in Olten
5. Wahlen Geschäftsleitung
Matthias Stricker für Solothurn-Lebern anstelle von Kathrin Leuenberger
6. Statutenrevision
Bericht
Anträge, Diskussion, Beschlüsse
Schlussabstimmung
7. Kantonsfinanzen
Rede Fränzi Burkhalter-Rohner
8. Info zu den nationalen Vorlagen vom 24.11.2013
1:12 Initiative (Philipp Hadorn)
Autobahnvignette (Philipp Hadorn)
Familieninitiative (Bea Heim)
9. Varia

1. Eröffnung des Parteitages

Franziska Roth: Begrüsszt zum Parteitag in Grenchen und übergibt das Wort dem Stadtpräsidenten von Grenchen – Boris Banga.

Boris Banga: Liebe Präsidentin, Genossinnen und Genossen. Ich mach keine normale Begrüssung, wie das sonst der Fall ist, wo man bei den alten Ägyptern anfängt. Wobei ich etwas sagen kann: Grenchen wurde von Solothurn besiedelt, da wir die alten Schalensteine hatten – aber das ist Blödsinn. Ich möchte euch über zwanzig Jahre kommunale SP-Wirtschaftspolitik ein paar Dinge und Erfahrungen sagen. Wir kochen auch nur mit Wasser, aber vielleicht kochen wir besser und das soll kein Schwanengesang von mir sein, sondern eher eine Art Vermächtnis. Als ich in den 90er Jahren ins Amt gekommen bin, war die grosse Uhrenkrise vorbei, aber doch noch nicht ganz gut, alles wollte mit Dienstleistungsbetrieben wachsen. Wir konnten dann feststellen, dass Dienstleistungsbetriebe am Jurasüdfuss nicht funktionieren. Vielleicht funktioniert es in Basel oder im Bassin Lemanique. Deshalb haben wir uns zusammengesetzt. Das war die erste Revolution. Es war kein Expertenbüro, Politik oder Verwaltung, sondern unsere Wirtschaftsförderung, Politik und Sozialpartner, mit Industrie und mit Gewerkschaften und wir stellten einen Businessplan zusammen. Eben nicht ein Leitbild, das mit der Zeit in der Schublade verleidet und sagt, dass wir eine nette Stadt sind, die einander gerne hat und auf die Natur aufpasst. Sondern wir haben gesagt, dass wir als attraktive und wettbewerbsfähige Stadt gelten wollen. Dies betrifft die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, es gilt firmenspezifische Wettbewerbsvorteile auszunutzen und

betrifft die Wohnqualität. Um dies zu erreichen, hat man Strategien formuliert. Das wichtigste war, dass man die vorhandenen strategischen Erfolgspositionen im industriellen Bereich versucht zu forcieren. Die zweite Strategie war die Aufwertung von Grenchen als Wohnstadt, denn nach Grenchen kam man damals um zu arbeiten und nicht um zu wohnen. Wir haben uns auf das Gewerbe fokussiert und wollten damals noch distributions- und logistikorientierte Betriebe ansiedeln. Also nicht nur Transportgewerbe, denn vor allem die moderne Logistik ist sehr arbeits- und high-techintensiv. Was bedeutet die Ausrichtung auf vorhandene strategische Erfolgspositionen? Wir wussten, dass wir stark sind in der Medizinaltechnik, Flugzeugindustrie, Softwareengineering, Stanztechnik. Wir sind stark in der Kunststoffindustrie, in der Mikroelektronik, Mikromechanik – alles was mit Metall, Veredelung und Metallbearbeitung zu tun hat, bis hin zum spezifischen Werkzeug-



bau. Man hat dann aus diesen vorhandenen Erfolgspositionen Stossrichtungen festgelegt, um zu sehen, wo wir angreifen müssen. Und jetzt muss ich noch etwas voraussenden: Diese Stossrichtungen wurden dann umgewandelt in Aktionspläne. Diese Aktionspläne waren immer auf ein zwei Jahre ausgelegt und wurden eigentlich bis zu der Budgetwirksamkeit gemacht. Das bedeutet, wenn ein Gemeindepräsident Anfang Jahr entscheidet, dass er ein bestimmtes Projekt durchführen möchte, dann wurde dieses nicht mehr aus dem Budget rausgekippt. Das hilft für eine bessere Allokation von den Mitteln. Was wollten wir mit diesen Stossrichtungen? Dazu nur kurz: natürlich mehr Arbeitsplätze schaffen, die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte gewährleisten zu können – etwas vom Wichtigsten für die Industrie. Verstärkte Ansiedelungen und verstärkte Auswirkungen der Betriebe auf die Hightech-Branche. Und auch die Förderung von Jungunternehmen. Das war damals ein Flop und wir mussten es wieder aufheben, da wir feststellen mussten, dass wir einen Jungunternehmerpark hatten, aber unsere Industrie absorbierte die guten Leute. Raum für Jungunternehmen können diese selber finden, wo es manchmal fehlt, ist das Coaching und dafür braucht es keinen Jungunternehmerpark. Es geht dann weiter: Das wichtigste Instrument der kommunalen Wirtschaftspolitik ist eine gute Boden- Liegenschaftspolitik, weil der Unternehmer, der ausbauen möchte, der Unternehmer der hierher kommen möchte und etwas aufstellen, der kommt heute und möchte morgen bauen. Dabei hilft es nicht viel, wenn man im Laufe der Zeit noch umzonen oder sogar Grundstück erwerben muss. Und wenn es nicht in der öffentlichen Hand ist, bringt es sowieso nichts, da es eine Preistreiberei gibt, sobald die Grundeigentümer merken, dass eine Nachfrage besteht. Ein zweiter Punkt ist die rasche Verfahrensabwicklung im Sinne eines One-Stop-Shops. Wir haben gesagt, dass unsere Wirtschaftsförderung ein Unternehmen vom ersten Tag bis zur Realisierung begleitet. Dieses Unternehmen muss den Weg durch die Verwurzelung und Verästelung der Verwaltung nicht alleine finden. Was ich tat: Ich pflegte regelmässigen Kontakt mit allen Unternehmen, die es auf dem Platz gibt. Ich bin wahrscheinlich der, der wirklich weiss, was in Grenchen gemacht und was produziert wird. Dann wurde die Standortpromotion ausgebaut – worauf ich nicht weiter eingehen muss. Damals, eben vor 15 Jahren, war das die Förderung von Telekommunikation, Vermittlung der entsprechenden Kenntnisse. Bereits damals kam eine bessere Positionierung des Regionalflughafens, ein kleiner Punkt war die Einwirkung auf Gebühren, Steuern, was nicht so einfach ist. Aber dann vor allem zu schauen, dass man die Fachleute bekommt und überhaupt die Förderung des Bewusstseins dafür, was unsere Industrie und Unternehmen leisten. Damit sind wir relativ gut gefahren. Wir konnten verschiedene Dinge realisieren, wie zum Beispiel einen neuen Marktplatz, was niemand dachte. Zuvor mussten wir zwanzig Jahre über ein Parkhaus diskutieren. Wir haben es also Realisiert und damit eine Begegnungszone realisiert. Wir bauten die Hauptstrasse von einer 8m grossen Kantonsstrasse zu einem 4m breiten Rinnsal um, damit die Leute links und rechts wieder aus den Fenstern schauen konnten. Und bei der Kantonsstrasse wurde der Rechtsvortritt eingeführt. Eine relativ mutige Lösung, aber es hat sich gelohnt. Und das war eines von mehreren Beispielen, wie man die wenigen Mittel, die man zur Verfügung hatte, fokussieren konnte. Man hat nach den ersten zehn Jahren angefangen, diesen Businessplan zu überprüfen. Das ist eine ständige Auseinandersetzung: Wo stehen wir? Wie gehen wir weiter? Welche Entwicklungen haben

wir? Ihr seht rechts diese mechanische Uhr, mit der in den letzten zehn, fünf-zehn Jahren der Siegeszug eigentlich wieder begonnen hat. Aber dann eben auch neue Industrien, die eine grosse Bedeutung haben, wie zum Beispiel in der Mitte die Medizinaltechnik, aber auch Verzahnungstechnik und last but not least die Velofabrikation von der WMC. Das ist übrigens auch ein Beispiel dafür, für die Herstellung von der SWATCH. Früher hat man diese Kartonrahmen in Thailand machen lassen. Heute werden sie industriell hier in Grenchen hergestellt. Dies ist ein Produkt, das die Industrie wieder zurückgeholt hat aus dem asiatischen Raum.

Den Businessplan haben wir nun wieder aktualisiert. Phase 2007 bis 2013. Jetzt geht es um Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, erstens zu den führenden zehn Hightech-Standorten der Schweiz zu gehören – was übrigens bewiesen wurde. Wir haben das gleiche Potential wie zum Beispiel die Region Winterthur um Zürich. Wir sind bekannt als wohnliche Stadt - darauf komme ich noch, mit Wohnungen, Kultur- und Freizeitangeboten. Die Steuerkraft Grenchen wird real um 10% steigen durch den Zuzug der sogenannten Dinks. Das ist ein unanständiger Ausdruck aber es heisst „double income no kids“ und diese bringen die meisten Steuern. Wir haben das nicht erreicht aber ich komme auch darauf noch zurück. Die Strategie war, weiterhin diese Erfolgspositionen zu nutzen, das Ermöglichen der Entwicklung der Uhrenindustrie, was auch Landungszone die sie brauchte bedeutete, Diversifikation all der Betriebe, die in der Biotech, Medtech oder Beschichtungstechnologie sind. Das sind eigentlich Abfallprodukte der Uhrenindustrie. Dann das Sicherstellen der Berufsbildung und vor allem der Fachkräfte und eben weiterhin die Kontaktpflege zum Management aller Betriebe. Bezüglich des Wohnstandortes haben wir versucht eine Imageverbesserung zu machen und machten eine Stadtentwicklung vom Zentrum aus. Wie man in den letzten Jahren sehen konnte, geschah dies mit relativ grossem Erfolg. Vielleicht ein kurzer Blick auf die Entwicklung: ich habe nur die Zahlen von 2005 bis 2008. In dieser Zeit konnten wir, als rundherum alles stagnierte, etwa 1100 Stellen schaffen oder mithelfen zu schaffen und davon waren fast die Hälfte in der Uhrenindustrie und ihr wisst, dass dies sehr hochwertige Arbeitsplätze sind.

Wie sehen wir nun also die Zukunft? Wir haben ein paar Highlights: den Ausbau der SWATCH-Groups, wie ihr, falls ihr mit dem Zug gekommen seid, vielleicht gesehen habt. Da steht am Bahnhof Süd eine grosse Fabrik und wenn alle drei Gebäude noch zusätzlich gebaut sind, werden es etwa 1000 Arbeitsplätze mehr, was in Grenchen 10 oder 11% der Arbeitsplätze ausmacht. Wir haben weitere Fusionen, Ansiedlungen, Expansionen. Beispielsweise bei der Feller Pivotages – und heute bin ich ihm sehr dankbar – das ist eigentlich eine Folge der Entscheidung von Hayek, diese Firmen nicht mehr zu beliefern, da dies dazu geführt hat, dass viele unserer Betriebe jetzt Zulieferer von anderen Uhrwerkmachern sind, die neue Uhrwerke machen. Wir konnten auch feststellen, dass die Investitionstätigkeit vor allem auch am Wohnstandort zugenommen hat, die Steuerkraft ist nicht um 10% gestiegen, was davon abhängt, dass wir wahrscheinlich nicht die letzten Zahlen haben und da es Steuergesetzrevisionen gegeben hat, die uns etwas in die Suppe gespuckt haben. Aber dafür können wir ja nichts - zumindest die Linke nicht. Wir haben dann auch weiterhin Massnahmen aufgenommen, um den Wohnort Grenchen attraktiver zu machen. Ich habe damals von allen Neubauten, die nicht günstig sind, eine Statistik machen lassen, welche mich sehr erstaunt hat. Nämlich 50

oder 60% der Personen, die kaufen oder mieten kommen von ausserhalb. Es ist also nicht einfach eine Verlagerung innerhalb Grenchen. Und deshalb steigt auch die Bevölkerungszahl stetig. Was haben wir noch für konkrete Projekte, die kommen werden? Wie bereits gesagt, die SWATCH Group, welche fast 2500 bis 3000 Arbeitsplätze auf dem Platz Grenchen Bettlach hat. Wir haben ein Vorhaben das von mir aus gesehen eigentlich schon lange hätte gemacht werden müssen – also neue Gewerbeflächen. Denn es beklagen sich ja alle, dass gewisse Läden leer stehen, aber wenn sich Ketten ansiedeln wollen oder neue Verkaufsgeschäfte, ist das eben nicht mehr das Tante Emma Lädli mit fünf auf vier Metern, das es einmal war, sondern die haben ihre Grössen und das existiert hier schlicht nicht. Und nur wenn man auch die geeigneten Flächen hat, ziehen die entsprechenden Verkaufsgeschäfte hier hin. Und vielleicht noch einen ganz wichtigen Punkt: das Problem der leer stehenden Ladenflächen ist meistens dasjenige des Eigentümers, der zu viel dafür verlangt. Nächster Punkt: Pistenverlängerung am Flughafen Grenchen. Ich sage euch einfach eines: Ich habe damals ein bisschen Widerstand geleistet. Diejenigen, die da waren konnten es sehen und wissen weshalb. Es geht schlicht nur um die Beibehaltung des Status Quo. Es geht nicht um mehr Bewegung oder darum, dass wir heute einen neuen Airbus getauft haben, der jetzt Grenchen heisst. Der wird nur landen können und nie mehr starten. Es geht also darum, den Status Quo bei zuhalten und das ist Geschäftsfliederei, wo es strenge Vorschriften gibt und ich kann euch sagen, diese Geschäftsflyer, die gehen am Morgen und kommen am Abend und bringen so viel Ertrag wie hundert kleine „Cheiben“, die Lärm machen und hier oben rum fliegen. Wir wollen weiterhin die Fachkräfteproblematik entschärfen. Da haben wir verschiedene Aktionen geplant. Und diejenigen, welche noch nicht waren, sollen ins Velodrome Suisse runter, die ganze Anlage anschauen gehen.

Wo wir gerade dran sind: das sind die konkreten Punkte für einen Massnahmenplan 2014 und später. In diesem Sinne habe ich jetzt hoffentlich nicht die Zeit überschritten. Ihr seht, dass in dieser Zeit viele Dinge passiert sind, worauf wir stolz sind. Und wir sind auch stolz darauf, dass wir das mit relativ wenig Mitteln – also ohne grosse Wirtschaftsförderungsbeiträge aber mit konzentriertem Handeln machen konnten. Ich wünsche euch allen einen schönen Parteitag und freue mich, dass ihr hier seid. Das nächste Mal ist die SP dann so gross, dass wir in das Velodrome gehen können, wo es Platz für 4000 Delegierte hat. In diesem Sinne: Einen schönen Abend zusammen.

Applaus.

Franziska Roth bedankt sich bei Boris Banga für die interessante Begrüssungsrede und entschuldigt Ständerat Roberto Zanetti, der an einer Kommissionssitzung ist.

Franziska Roth, Parteipräsidentin: (Eröffnungsrede) "Brady Dougan saß im Flugzeug seiner Sekretärin gegenüber, langweilte sich und fragte, ob sie ein lustiges Spiel mit ihm machen wolle. Aber sie war müde, hatte 20 Stunden für ihn gearbeitet in Singapur und wollte schlafen. Dougan gab nicht auf und erklärte, das Spiel sei nicht nur lustig, sondern auch leicht: "Ich stelle eine Frage und wenn Sie die Antwort nicht wissen, zahlen Sie mir 5 Franken und umgekehrt." Die Sekretärin lehnte ab und stellte den Sitz zum Schlaf zurück. Er blieb hartnäckig und schlug vor: "OK, wenn Sie die Antwort nicht wissen, zahlen Sie 5 Fr., aber wenn ich die Antwort nicht weiß, zahle ich Ihnen 5000 Dollar!" Jetzt stimmte die Sekretärin zu und Dougan stellte die erste Frage: "Wie groß ist die Entfernung von der Erde zum Mond?" Die Sekretärin Griff in die Tasche und reichte ihm wortlos 5 Fr. rüber. "Danke," sagte der, "jetzt sind Sie dran." Sie fragte ihn: "Was geht den Berg mit 3 Beinen rauf und kommt mit 4 Beinen runter?" Er war verwirrt, steckte seinen Laptopanschluss ins Bordtelefon, schickte E-Mails an seine Mitarbeiter, fragte bei der Staatsbibliothek und bei allen Suchmaschinen im Internet. Aber vergebens, er fand keine Antwort. Nach 3 Stunden gab er auf, weckte die inzwischen schlafende Sekretärin auf und gab ihr 5000 Dollar. "Danke," sagte sie und wollte weiter schlafen. Der frustrierte Dougan aber hakte nach und fragte: "Also gut, was ist die Antwort?". Wortlos griff die Sekretärin in die Tasche und gab ihm 5 Fr!"



Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen euch glücklich. Versprochen! Meine GL Kolleginnen und Kollegen werden es schon nach ein paar Minuten sein, weil ich nämlich heute nur ganz kurz reden werden und dafür ihr mehr zu Wort kommen sollt! Versprochen! Andere werden es nach den Ausführungen unserer Fraktionschefin sein, wenn sie hören, dass wir uns gegen einen Abbau in Bildung Gesundheit und Sozialem mit Händen und Füßen wehren Versprochen! Und die ganze Schweiz wird es sein, weil wir heute noch einmal bekräftigen, dass unsere rote Politik glücklicher macht! Dass dem so ist und ich es euch versprechen kann, weiss ich seit dem Interview in der SZ mit dem britischen Wissenschaftler Richard Wilkinson.

Gesellschaften mit grossen Einkommensunterschieden haben eine höhere Kriminalitätsrate, eine höhere Sterblichkeit, mehr Teenagerschwangerschaften, mehr kranke Menschen, mehr Suizide und deutlich mehr Personen in Gefängnissen. Zudem fördert Ungleichheit die Korruption. Wir haben nur die entwickelten Länder untersucht. Am grössten ist die Ungleichheit in den USA, Singapur und Grossbritannien. Am besten stehen Japan und die skandinavischen Staaten Schweden und Norwegen da. Die Schweiz liegt im Mittelfeld. Mehr Gleichheit führt zu mehr Wohlstand. 1:12 wird die Schweizer glücklicher machen. "...lass aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschsucht besitzen, und du wirst sehen, was die für Unfug treiben! [...] Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahnentuch!" Gottfried Keller, Das Fähnlein der sieben Aufrechten, Reclam, S. 31f

Wir kämpfen weiter! Wir roten im Kanton Solothurn sind bereit dafür! Wir lassen uns den Humor nicht nehmen, trotz Angstmacherei und Drohungen. Wir lassen uns auf die Diskussion ein und geben mit schlaun, gezielten Argumenten Gegensteuer! Wir schlagen sie mit ihren eigenen Waffen!

Liebe Genossinnen und Genossen, heute reden wir mit- und zueinander! Unsere solothurnischen aktiven Genossinnen und Genossen werden das Wort an euch richten, in der Hoffnung, dass ihr es aufnehmt und in Diskussionen uns Stoff für den fairen aber harten Kampf für eine Gerechte, solidarische Schweiz gebt. Heute seid ihr dran! Ich freue mich auf einen angeregten, Parteitag!

Applaus.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Franziska Roth stellt die Geschäftsliste zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 24. Oktober 2013

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Als Stimmenzähler/in sind vorgeschlagen:

Nicole Wyss, Marie-Therese, Dieter Ulrich

Beschluss: Die Stimmenzähler/innen werden einstimmig gewählt.
--

Applaus.

4. **Genehmigung Protokoll vom 29. August in Olten**

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 29. August in Olten.

5. **Wahlen Geschäftsleitung**

Verabschiedung von Katrin Leuenberger aus Solothurn (entschuldigt)
Sie tritt aus der Geschäftsleitung zurück.

Franziska Roth: Wenn sie etwas gemacht hat, dann immer ganze Sachen. Das erste Mal war sie am 10.1.10 an einer GL. Bei ihr kann man darauf gehen, dass es sitzt. Am 10.1.10 trat Katrin Leuenberger in die GL ein und hat sich intensiv, aktiv, als kritische, harte Kämpferin eingebracht und war eine wirklich zuverlässige Genossin. Und wir bedauern Ihren Rücktritt sehr. Sie tut es aus privaten Gründen. Sie braucht Zeit für ihre Familie. Den freigegebenen Sitz können wir auch gerade besetzen und zwar mit Mathias Stricker.

Applaus.

Willkommen heissen von Mathias Stricker
Kurzes Wort zur Wahl: Mathias Stricker übernimmt Vertretung gerne.

Applaus.

Beschluss: Die Delegierten wählen Mathias Stricker aus Bettlach als Vertreter der Amtei Solothurn-Lebern in die Geschäftsleitung.

6. **Statutenrevision**

Vorbereitet von Niklaus Wepfer:

- Entwurf und Anträge wurden den Sektionen und Delegierten mit der Einladung zugestellt
- bis zur Frist vom 14. Oktober sind keine weiteren Anträge eingegangen

Ablauf:

- warum eine Statutenrevision
- § 15 Abs. 2
- 4 Anträge aus den Sektionen
- Vorschlag: Erläuterung der wichtigsten Anpassungen, Verzicht auf Behandlung aller Paragraphen

Geschichte

- Anpassungen an Statuten der SPS, an das Vereinsgesetz, Sektionsanträge und dringende redaktionelle Anpassungen notwendig
- 3 Lesungen in der GL über Statuten und Finanzreglement
- 22. August 2012 Entscheid GL Vernehmlassung durchzuführen vom: 7. Mai 2013 bis 29. August 2013
- Eingegangene Stellungnahmen: 11
- 4. September 2013 Entscheid GL: Genehmigung Statutenrevision z.H. Delegierten
- 4. September 2013 Entscheide GL zu den Sektionsanträgen
- 4. September 2013 Entscheid GL zum Finanzreglement – keinen Systemwechsel bei der Rechnungsstellung an die Mitglieder gemäss Stellungnahmen der Sektionen
- MB wie bisher: Sektionen ziehen die MB ein und senden sie an die KP

§ 15 Abs. 2

- Keine Veränderungen bei den Delegiertenstimmen:

Richtige Formulierung:

Die Delegation der Sektionen gemäss Absatz 1 Ziffer 1 bemisst sich wie folgt: Jeder Sektion steht vorab eine Vertretung zu. Auf 20 Mitglieder und Restzahlen über 10 kommt je ein weiteres Mandat dazu.

Mitglieder:	1 – 10	1 Mandat
	11 – 30	2 Mandate
	31 – 50	3 Mandate
	51 – 70	4 Mandate
	71 – 90	5 Mandate usw.

1. Anpassungen an das Vereinsgesetz / 2. Statuten SPS / 3. Zahlreiche redaktionelle Anpassungen

- Name, Sitz und Zweck
 - neu ist auch der Sitz der Partei erwähnt
 - die konfessionelle Unabhängigkeit
 - die Partei keine Erwerbsabsichten hegt
 - den Zweck näher umschrieben ist
 - zahlreiche redaktionelle Anpassungen
- Mitgliedschaft
 - Beitritt – Anpassung an die Statuten der SPS
 - Streichung Rekursreglement der SPS (gibt es nicht)
 - zahlreiche redaktionelle Anpassungen
- Gliederung
 - neu SP60+ gemäss Beschluss der DV der SPS
 - zahlreiche redaktionelle Anpassungen
- Organe
 - keine nennenswerten Änderungen (Parteitag in Dornach hat Neustrukturierung abgelehnt)
- Finanzielle Bestimmungen und Verbindlichkeit
 - Zeichnungsberechtigung hat gefehlt
 - Kontrollstelle hat gefehlt
 - Verbindlichkeit der Bestimmungen hat gefehlt

- Schlussbestimmungen
 - Bestimmungen über Auflösung und Liquidation haben gefehlt

Dank

- Susanne Schaffner-Hess (juristische Unterstützung)
- Anna Rüefli (umfassende redaktionelle Überarbeitung)
- Sektionen/Bezirke für die Teilnahme an der Vernehmlassung
- Positive Aufnahme und Inputs
- Geschäftsleitung für die gute Zusammenarbeit

Applaus.

4. Vier Anträge aus den Sektionen

Franziska Roth führt durch die Anträge

- 1. Antrag

Antrag SP Recherswil vom 15. April 2011

Die Nomination von Kandidierenden für kantonale und eidgenössische Wahlen soll ab 4. Amtsperiode oder ab Erreichung des Rentenalters mit einem 2/3 – Mehr erfolgen.

Begründung: Die SP setzt sich für ein flexibles Rentenalter und gegen die Erhöhung des Rentenalters ein. Wir wissen, dass wir keine Amtszeitbeschränkung kennen und nach Wahlgesetz keine Begrenzung des Wahlalters gegeben ist. Mit unserem Antrag möchten wir aber die Möglichkeit schaffen, wünschbare Rücktritte, sei es aufgrund des Alters oder der Amtsdauer, aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Damit wird ja nichts verhindert, aber für gewisse Fälle die Latte etwas höher gesetzt. Vielleicht würde allein schon die Aufnahme dieser Regelung in die Statuten gewisse Überlegungen bei Kandidierenden auslösen. **Sig. Werner Sauser, Präsident SP Recherswil**

Antrag Geschäftsleitung vom 30 Mai 2012 zum Antrag SP Recherswil: ABLEHNEN

Begründung: Die GL ist mehrheitlich der Meinung, dass es in einer demokratischen Partei wie der SP, bei Nominierungen keine unterschiedlichen Voraussetzungen gelten und für Interessierte keine Einschränkungen geschaffen werden sollen. Bis heute hat die Partei keine Bestimmungen in diesem Zusammenhang. Die Gefahr ist gross, dass damit intern Unruhe geschaffen wird. Es kann gut und gerne den Fall geben, dass mit einer Einschränkung ältere, oder lang gediente, aber „geliebte“ PolitikerInnen ausgeschlossen werden und damit viel Knowhow verloren geht. Die SP ist zwar gegen die Erhöhung des Rentenalters, möchte es aber den MandatärInnen überlassen aus freien Stücken entscheiden zu dürfen, wann sie ihre Politkarriere beenden wollen und wann nicht.

Franziska Roth stellt den Antrag zur Diskussion.

Hardy Jäggi: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sektionspräsident von Recherswil ist in Südafrika, deshalb vertrete ich im Namen der Sektion Recherswil diesen Antrag. Es geht bei diesem Antrag definitiv nicht um eine Amtszeitbeschränkung. Das möchte ich ganz klar festhalten. Sondern, unser Gedanke ist, dass wir langjährige Mandatsträger, zu einem noch vertieften Nachdenken reanimieren, weil sie wissen, wenn es dann soweit ist, dass sie jetzt ein 2/3 Mehr brauchen. Das bedeutet es wird separat abgestimmt an der Nominationsversammlung. Vielleicht holen sie auch eine Dritt-, Fremdmeinung ein, weil nach vielen Jahren in diesem Amt ist man vielleicht manchmal ein bisschen einsam, weil die Leute sich je nach dem gar nicht mehr trauen mit einem zu reden. Und wir würden gerne verhindern, dass es jemand verdient, als Mandatsträgerin, Mandatsträger vielleicht schlussendlich nicht mehr gewählt zu werden. Also es geht nicht um eine Amtszeitbeschränkung sondern eher um einen Selbstschutz, dass man noch einmal auf ein Mehr plädiert aber dass man an der Nominationsversammlung auch ganz offen die Möglichkeit hat, zu sagen, dass es genug ist und, dass man frische Kräfte an die Arbeit lassen möchte. Deshalb bitte ich euch, diesem Antrag zuzustimmen, obwohl meine Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsleitung diesen ablehnen. Wir denken es ist eine Chance, auch für Neue und das Verhindern von schmerzhaftem Abtreten. Merci.



Franziska Roth: Gibt es Wortmeldungen auf die Begründung von Hardy? (Keine Wortmeldungen)

Abstimmung:

- 41 Nein
- 13 Ja
- 5 Enthaltungen

Beschluss: Der Antrag „Recherswil“ wurde mit einem grossen Mehr abgelehnt.

- 2. Antrag

Antrag SP Bezirk Bucheggberg vom 26. August 2013

Art. 15: der ordentliche Parteitag könnte neu zur Generalversammlung umbenannt werden

Begründung: Unterschied von Parteitag zu ordentlicher Parteitag ist nicht klar

Antrag Geschäftsleitung vom 4. September 2013 zum Antrag SP Bucheggberg ABLEHNEN

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass in den Statuten ausreichend ersichtlich ist, dass der ordentliche Parteitag alle zwei Jahre stattfindet, dies mit Wahlen und Jahresberichten. Der Name Generalversammlung habe eher keinen Parteicharakter und passe nicht.

Franziska Roth: Wortmeldungen?

Guido: Ich finde das ist eher ein Parteiabend als ein Parteitag. Es wäre ja schön, wenn wir einen ganzen Tag zusammen wären aber bisher war es eigentlich immer ein Parteiabend. **Franziska Roth:** Parteitag kommt etymologisch von Tagung, weil wir ja eine Tagung haben. Gibt es weitere Wortbegehren? (keine Wortmeldungen)

Beschluss: Der Antrag wurde mit 9 Stimmen abgelehnt.

- 3. Antrag

Antrag SP Bezirk Bucheggberg vom 26. August 2013

Antrag: Art. 16: Artikel ergänzen mit weiterer Befugnis des Parteitages: ...beschliesst über die Auflösung der Partei.

Antrag Geschäftsleitung vom 4. September 2013 zum Antrag SP Bucheggberg Antrag annehmen

Begründung: Änderung ist im vorliegenden Entwurf berücksichtigt.

Franziska Roth: Wortbegehren?(keine Wortbegehren)

Beschluss: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 4. Antrag

Antrag SP Bezirk Bucheggberg vom 26. August 2013

Antrag: Art. 18: Artikel ergänzen mit weiterer Aufgabe der GL:entscheidet über die allfällige Liquidation der SP.

Antrag Geschäftsleitung vom 4. September 2013 zum Antrag SP Bucheggberg

Begründung: Änderung ist im vorliegenden Entwurf berücksichtigt.

Franziska Roth: Wortbegehren? (keine Wortbegehren)

Beschluss: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung: Die Statutenrevision wurde einstimmig angenommen.

Applaus.

7. Kantonsfinanzen

Rede zur Lage der Finanzen im Kanton Solothurn von Fränzi Burkhalter-Rohner, Fraktionspräsidentin

Fränzi Burkhalter-Rohner: Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Anwesende - „Wie geits dir?“ das fragen wir uns, nachdem wir uns begrüsst ha-



ben. Eine einfache, alltägliche Frage, oder? Heute bin ich erkältet und daher geht es mir nicht so besonders gut. Aber auch nicht wirklich schlecht, ausserdem habe ich keine Lust allen zu erklären, dass ich verschnupft bin. Wenn wir den Kanton Solothurn fragen „wie geit's dir?“ Was müsste dieser in finanzieller Sicht sagen? Dass es Solothurn so gut oder so schlecht geht wie vielen anderen Kantonen oder Ländern auch, ist keine genügende Antwort. Verglichen mit der Verschuldung der USA, Frankreich, Italien, Griechenland oder anderen Ländern geht es dem Kanton Solothurn doch noch sehr gut. Wir hatten Ende 2012 noch ein Eigenkapital von fast 415 Mio Franken. Das tönt doch gut, oder? Warum braucht es denn schon wieder einen Massnahmenplan wie in die Regierung letzten Montag vorgestellt hatte? Dies nachdem letzten November das letzte Sparprogramm beraten wurde. Ich möchte versuchen mit euch die Frage zu

beantworten wie es dem Kanton Solothurn finanziell geht. Wir haben bewegte Jahre hinter uns, erlaubt mir, dass ich kurz ins letzte Jahrhundert resp. Jahrtausend zurück schaue. Finanzpolitisch war sicher das Jahr 1994 einschneidend. In diesem Jahr haben verschiedene Bankenexperten den Zusammenbruch der Kantonalbank Solothurn verursacht und einen Schaden von 400 Mio Franken hinterlassen. In der Folge wurden Sparpakete wie Struma oder so+ Massnahmen durchgeführt. In der Verwaltung wurden die Abläufe überprüft und möglichst schlank gestaltet. Warum ich dies erwähne? Weil der Kanton Solothurn, wie im kürzlich erschienenen Rating aufgezeigt wurde, den ausgezeichneten 5. Platz einnimmt. Wir können also nicht wie andere Kantone unsere Verwaltung effizienter gestalten und so viel einsparen. Dies wurde in den letzten 20 Jahren schon gemacht. Dank den Sparbemühungen und der Ausschüttung der Goldreserven konnten die Kantonsfinanzen saniert werden und es wurden 9 Jahre lang positive Abschlüsse ausgewiesen. So konnte das Eigenkapital aufgestockt werden auf über 500 Mio Franken in den Jahren 2010 und 11. Dies obwohl der Finanzminister im Vorfeld immer jammerte und schwarze Wolken zeichnete. Diese falschen Prognosen haben sich ausgewirkt! Es zeichnete sich ab, dass das Jahr 2012 ein Schicksalsjahr werden würde. Nicht wegen der Weltuntergangsprognose der Mayas. Sondern in der langfristigen Finanzplanung wurde aufgezeigt, dass der Kanton mit der neuen

Spitalfinanzierung und der Pflegekosten viel bezahlen muss. Zudem wirkt sich auch noch die letzte Steuergesetzrevision aus. In der Bildung wurde mit der Einführung der Frühfremdsprachen mehr Lektionen Unterricht erteilt in der Volksschule, auch dies wirkt sich auf die Kosten aus. Aber auch sonst war ersichtlich, dass sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Trotz all diesen Vorzeichen hat die bürgerliche Mehrheit (vor den Wahlen) die Steuern für natürliche Personen sowohl für 2012 aber auch 2013 um 4% gesenkt. Ein Steuergeschenk von je 22,5 Mio Franken, von dem vor allem die Vermögenden profitieren. Für $\frac{3}{4}$ der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die ein steuerbares Einkommen von unter 60'000 Franken haben, hatte dies nur kleine Auswirkungen. Sie konnten sich einen Kaffee oder ein Nachtessen im Restaurant leisten. Die Auswirkungen bezahlen, also den Abbau der Leistungen treffen diese grosse Mehrheit und nicht die Reichen! Nebst den aufgezeigten neuen Kosten, der steigenden Kosten in der Bildung und im Sozialen und der Steuergeschenke kommen noch weitere schlechte finanzielle Nachrichten dazu. Die schweizerische Nationalbank konnte viel weniger Geld an die Kantone ausschütten und die beste Steuerzahlerin, eine Firma in Olten, erlebt ganz schlechte Zeiten. So dass sie weniger Steuern bezahlt und die Aktien, die der Kanton besitzt viel tiefer bewertet werden müssen. Dies führte dazu, dass die Rechnung für 2012 mit einem Defizit von 111,4 Mio abschliesst. Dieses Mal sind die schlechten Prognosen leider eingetroffen. Letztes Jahr hatte der Regierungsrat ein Massnahmenpaket mit 61 Ideen, wie die Finanzen verbessert werden präsentiert. Die Einnahmen und Ausgaben hätten sich in etwa die Waage gehalten. Aber die bürgerlichen Parteien haben schon von Beginn an gesagt, dass sie alle Massnahmen, die die Einnahmen erhöhen ablehnen werden. Wir haben uns sehr erfolgreich eingesetzt, dass nicht auf dem Buckel der Schwächsten gespart wird. Leider wurden aber auch die Einnahmen nicht erhöht, so dass die Kantonsfinanzen statt um 100 Mio nur um 30 Mio verbessert werden konnten. Dies reicht nicht. Gestern und vorgestern haben wir in der Finanzkommission das Budget 2014 vorberaten. Dort ist eine kleine Steuererhöhung von 2% vorgesehen. Die Reaktionen gewisser Parteien waren deutlich und der Wille dies umzusetzen sehr klein! Dies obwohl ein Fehlbetrag von 122 Mio ausgewiesen wurde. Die Prognosen in der langfristigen Finanzplanung zeigen deutlich, dass wir eine stabile Lage haben. Eine stabil schlechte Lage und die Prognosen zeigen rote Zahlen. Das strukturelle Defizit pendelt sich bei 150 Mio Franken ein. Das bedeutet, dass das Eigenkapital so spätestens 2015 aufgebraucht ist und die Schuldenbremse wirksam wird. Mit der Schuldenbremse wäre der Kanton verpflichtet, ein Rechnungsdefizit innert vier Jahren mit Rechnungsüberschüssen wieder auszugleichen. Um dies zu verhindern hat der Regierungsrat erneut ein Massnahmenpaket erarbeiten. Dieses Mal soll die Rechnung um 155 Mio Franken verbessert werden. Dieses Massnahmenpaket wurde am Montag präsentiert. Dieses Mal soll mehr gespart werden. Die Einnahmen wurden nicht mehr im selben Mass berücksichtigt. Sind das die Auswirkungen der letzten RR Wahlen? Schade, dass wir nur einen RR haben, ich bin überzeugt Peter hätte gerne Unterstützung gehabt in den Verhandlungen! Die Steuern sollen auch hier nur um 2% angehoben werden auf 104 % und nicht mehr wie letztes Jahr auf 108%. Aber die Sparmassnahmen sind ähnlich wie das letzte Mal. Wieder sollen auf Kosten der Schwächsten in der Gesellschaft die Finanzen des Kantons saniert werden. So wird bei der Pflegefinanzierung, bei der Individuellen Prämienverbilligung oder beim Sackgeld der

Heimbewohnerinnen und Heimbewohner gespart werden! In der Volksschule soll ebenfalls abgebaut werden. Die Fachhochschule dagegen wird viel zu wenig miteinbezogen. Positiv zu werten ist, dass eine Forderung der SP, dass mehr Steuerkommissare eingestellt werden berücksichtigt wurde. Dieser unausgewogene und ungerechte Vorschlag wird nun im November zuerst am runden Tisch mit den betroffenen Verbänden und den Parteien besprochen. Dies in der Hoffnung, dass die Akzeptanz grösser wird und vielleicht noch neue Sparideen kommen. Die Massnahmen in der Kompetenz der Regierung sollen noch dieses Jahr beschlossen werden und in das Budget 2014 einfliessen. Im ersten Quartal wird dann der Massnahmenplan im Kantonsrat besprochen werden. Am Parteitag im August 2012 in Deitingen hatten wir drei Resolutionen zum Massnahmenplan 13 verabschiedet: Hände weg von der Prämienverbilligung! Abbau bei der Bildung? Ohne uns! und Steuern senken für wenige? Nein danke! Ich kann euch versprechen: wir werden uns auch dieses Mal einsetzen für eine gute Bildung, für Menschen, die wenig haben und nun noch weniger erhalten sollen. Die wenigen Massnahmen bei denen auch die Reichen im Kanton einen kleinen Beitrag zur Sanierung beitragen sollen, die wollen wir einfordern. Geht es den Finanzen des Kantons Solothurn gut? Vielleicht müsste man sagen, dass die Kantonsfinanzen verschnupft sind, oder entwickelt sich doch eine echte Grippe? Mir ist wichtig, dass der Kanton auch weiterhin seine Aufgaben wahrnehmen kann und als ein attraktiver Kanton zum Wohnen, Leben und Arbeiten angesehen wird. Mit einem unsinnigen Abbau vieler Leistungen schaden wir uns doppelt. Darum will ich mich einsetzen, dass die vorhandenen Mittel haushälterisch und gezielt eingesetzt werden – für alle und nicht nur für wenige. Merci!

Applaus.

Franziska Roth: Fragerunde. (Keine Wortmeldungen)

Übergabe Präsent an Fränzi Burkhalter-Rohner und Applaus

8. Info zu den nationalen Vorlagen vom 24.11.2013

Philipp Hadorn: Geschätzte Genossinnen und Genossen – die Jungsozialisten und Jungsozialistinnen haben es uns vorge-macht. In der ganzen Schweiz hat es viele solcher Fahnen zu 1:12! Sie hängen in vielen Fenstern. Auch ich habe eine solche bei mir zuhause. Jetzt gilt es für uns alle – für uns Älteren eben, dass wir die Jacke ausziehen - dass wir reinlie-gen, weil wir denken, dass wir - 44:44 ist die SRG Umfrage – ‚jetzt müssen wir wahrscheinlich tatsächlich noch ein 1:12 T-Shirt anziehen und auf die Strasse für ein Kernthema kämpfen gehen.‘ Es ist ein Kernthema unserer Anliegen, ein Kernthema für das wir Sozialisten und Sozialistinnen uns schon lange einsetzen: nämlich für die soziale Gerechtigkeit. 1:12 ist ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Ich möchte euch kurz etwas zu Reich-tumsverteilung, über mögliche Antwor-ten - eingebettet, wo die 1:12 Initiative eigentlich steht, erzählen. Zuerst zur Reichtumsverteilung. Fangen wir doch bei der Vermögensverteilung an. Es sind



Fakten, die viele von uns kennen und wir wissen, es ist einfach so. Knapp 40% des Vermögens ist bei 1% der Reichsten in unserem Land. 35% sind bei ca. 10%. Und 90% der Bevölkerung hat einen guten Viertel des Vermögens. Das ist ungerecht. Wenn wir die Schweiz im internationalen Vergleich betrachten: Wir haben pro Erwachsenen ein Vermögen, das sehr gut ist, wenn wir die Länder vergleichen. 373 000 Franken sollen es in der Schweiz pro Person sein. Wir sehen wer gleich hintendran kommt. Betrachten wir allerdings das Medianvermögen, sehen wir plötzlich ganz anders aus. Dann sehen wir, dass wir von denselben neun Ländern auf dem zweitletzten Platz sind. Da sehen wir, dass auch hier die Verteilung komisch ist. Pro Nase sind es dann grade noch 42 000 Franken. Überlegt man sich, dass das Vermögen auch eine Ein-nahmequelle ist, sehen wir, dass ca. die Hälfte der Leute ca. 380 Franken Vermö-genseinkommen pro Jahr hat. Wir sehen dann die weitere Verteilung. Knapp 1% ver-dient ca. 250 000 pro Jahr. Rein durch das Vermögen und nicht durch das Arbeiten. Und 0,1% verdient offenbar 2,5 Mio mit ihrem Vermögen. Weiter unten sind die Zah-len, was dies pro Person und Tag ausmacht. Sehen wir uns die Löhne in unserem Land an und wie sich diese entwickelt haben: Einerseits haben wir eine Arbeitspro-duktivität, die sich zwar nicht stetig aber immer wieder weiterentwickelt hat und zu-nahm. Bei der Lohnentwicklung sieht es aber anders aus. Sowohl die tiefen, als auch die mittleren Löhne hinken. Hingegen bekamen die höheren Löhne ein rechtes Stück von dieser Produktivitätssteigerung. Und sehen wir uns die sehr hohen Löhne in dieser Zeit an, dann sehen wir, dass diese einen Quantensprung gemacht haben. Die tiefs-ten Löhne wie wir sehen - wir haben die Zahlen zwischen 2000 und 2010 – haben um 5% zugenommen, diejenigen, die unter 4000 sind. Wir haben bis ca. 6000.- auch 5%. Bei CHF 9000.- sind wir schon bei 12%. Man sieht die Situation bei den hohen Löhnen, wenn man knapp 20 000 verdient hat, dann hat man einen Anstieg von diesen 20%. Genossinnen und Genossen. Ungleichheit ist ungerecht. 440 000 Menschen in unse-rem Land verdienen weniger als 4000 Franken. Selbst Lidl beweist, dass es offenbar

möglich ist, das zu bezahlen. Und daneben haben wir Abzocker mit astronomischen Löhnen.

Ungleichheit ist auch ökonomisch dumm. Zuviel Geld für Spekulation, zu wenig Geld für Konsum, für Bildung, Gesundheit und Verkehr. Wir können uns als Gesellschaft die Reichen nicht mehr leisten. Eine kleinere Lohnschere ist gerechter. Alle sollen ihre Bedürfnisse decken können und ein würdiges Leben führen. Und nicht zu vergessen, auch bei kleinen Löhnen gibt es Steuern und auch die Mehrwertsteuer gibt es immer, bei Konsum. Geringere Lohnunterschiede sind ökonomisch sinnvoll. Eine stabilere Wirtschaft, dank einer erhöhten Kaufkraft und staatlichen Leistungen, die allen zugutekommen. Die 1:12 Initiative ist eines von unseren linken Projekten. Wir haben eine ganze Serie von Vorhaben, an denen wir arbeiten – die Gewerkschaften und die Linke. AHV Plus Initiative, öffentliche Krankenkasse, sinnvolle Unternehmenssteuer, Mindestlohninitiative, wir arbeiten auf GAVs hin, die Erbschaftssteuer wird uns bewegen, generell setzen wir uns für die Sozialwerke ein, Steuergerechtigkeit, welche immer ein Thema ist bei uns, die Pauschalsteuer, welche wir bekämpfen, Bonisteuer, die Abzockerinitiative, welche gewonnen wurde und die 1:12 Initiative, die wir jetzt vor der Nase haben. Was will die 1:12 Initiative? Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen, was ein Topmanager in einem Monat verdient. Eine einfache, klare Botschaft, die auch Kampagnentechnisch ganz einfach wahrnehmbar und verständlich ist. Klar kann man streiten, weshalb nicht 1:10 oder 1:6 oder weiss der Kuckuck was. Ich denke, die JUSO hat hier ein sehr gutes Bild geschaffen, mit diesem einen Monat und dem einen Jahr und ein Verhältnis gezeigt, mit dem man etwas anfangen kann und das jedem verständlich ist. Sehen wir die Lohnentwicklung im `84: da hatten wir noch ein 1:6 Verhältnis, im `98 ein 1:14 und im 2011 hatten wir plötzlich ein 1:93. Denken wir daran, dass man in unserer Gesellschaft – vielleicht war es auch ein schweizerischer Wert – ein gewisses Mass einhalten konnte. Wir haben gewisse Dinge freiwillig eingehalten. Die Selbstregulierung wäre möglich gewesen. Wenn wir uns jetzt aber die Gierigsten ansehen – ihr kennt diese Bilder und Namen – dann sehen wir, dass es einfach entgleist ist. Und die aus der Finanz- und Chemiebranche sind nicht die einzigen Abzocker. Nein, wir haben auch bei Linth und Sprüngli ein 1:230, bei Nestlé ein 1:215, ABB, Schindler... Es gibt noch viele mehr. Aber es ginge eigentlich auch anders. Seien dies Grossverteiler, seien dies Traditionsunternehmen, Victorinox, seien dies zum Teil Kantonalbanken, seien dies auch Dinge, die in der öffentlichen Hand sind. Es ist möglich und man findet trotzdem gute Leute. Vielleicht noch die Besseren. Die Volksinitiative ist eigentlich ganz einfach. Und weil sie so kurz und so einfach ist, möchte ich hier kurz etwas vorlesen. „Bundesverfassung wird wie folgt geändert: *„Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn darf nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes. Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.“* Es folgen weitere Vorschriften, weil es diese selbstverständlich einfach auch braucht. Betreffend Personen in Ausbildungen, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Menschen mit geschützten Arbeitsplätzen, Leiharbeits- und Teilzeitarbeitsverhältnisse. Und dann, wenn wir daran denken, dass gewisse Verfassungsänderungen doch sehr lange gedauert haben, bis sie umgesetzt wurden, denken wir an die Mutterschaftsversicherung oder andere Sachen, da waren die JUSO Kolleginnen und Kollegen so intelligent, dass sie sagten, man brauche eine Übergangsbestimmung, die uns im Parlament etwas Beine macht: *„Tritt die Bundesgesetzgebung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme von Artikel 110a durch Volk und Stände in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen bis zum Inkrafttreten der Bundesgesetzgebung auf dem Verordnungsweg.“* Wenn wir im Parlament also nicht handeln, uns nicht raufen können, dann muss der Bundesrat bereits nach zwei Jahren etwas einführen, das dann wieder abgelöst werden kann, falls das Parlament seine Hausaufgabe endlich macht. Eine einfache, leicht verständliche Initiative.

Wir werden mit dieser Initiative keine Lohngerechtigkeit schaffen. Man kann darüber streiten ob es Umgehungsformen gibt. Das gilt es ja bei jedem Gesetz möglichst zu verhindern. Wir wollen aber etwas erreichen und zwar, dass das Volksverständnis, was Abzocker sind, aufwachen wird. Das man sagt, dass es irgendwo noch eine Ethik gibt, die man vertreten kann, wie man einen Leistungslohn ermöglichen will. Wir lassen unterschiedlich Löhne aber es gibt Grenzen und es geht nicht, dass es bis ins Endlose gehen kann. Und wir hoffen damit, dass es auch eine Umverteilung gibt, die einerseits direkt in die tieferen Einkommen geht, möglicherweise geht es aber auch in Innovation, in Entwicklungen und andere Bereiche, die übrigens auch Arbeitsplätze und Steuern abwerfen. Als Fazit: Die 1:12 Initiative ist eine einfache und verbindliche Regel, damit die Löhne der Manager in Zukunft nur noch im Gleichschritt mit den Löhnen von unten steigen können, ein Schritt für gerechte Löhne für alle, anstatt Abzockerlöhne für ein paar wenige. Dafür, aufgeschlossenen Personen eine Chance zu zeigen, dass man als Gesellschaft der Masslosigkeit und der Rücksichtslosigkeit Grenzen setzen wollen. Ich habe es am Anfang gesagt: 44:44 ist die SRG Umfrage, was heisst, es ist ein Kopf an Kopf Rennen. Das heisst schlicht, dass wir die Ärmel hochkrempeln, dass wir alle unsere Kolleginnen und Kollegen informieren und sagen, dass die Schweiz nicht untergehen wird, dass wir nicht die guten Leute verlieren werden sondern guten Leuten eine Chance geben auch in Toppositionen zu kommen zu einem vernünftigen Preis. Und erbringen wir doch den Tatbeweis, dass wir als linke Bewegung, als gewerkschaftliche und sozialdemokratische Bewegung auch Mobilisierungskraft an den Tag legen können. Und denen, die auch ein soziales Gewissen haben, die Chance geben, mitzuarbeiten. Der Parteitag wird diesen Samstag offiziell die Parole beschliessen, auch auf nationaler Ebene, was aber unbestritten ist. Besten Dank für die Aufmerksamkeit!

Applaus.

Philipp Hadorn: Eine andere Vorlage – die Autobahn Vignette - wurde ich gebeten, aufgrund der Abwesenheit von Roberto Zanetti, ebenfalls kurz vorzustellen. Die Autobahnvignette – ein paar Worte dazu: Es ist effektiv 150% Erhöhung, wenn die Autobahnvignette von CHF 40.- auf CHF 100.- hochgeht. Das ist nicht gerade wenig. CHF 40.- sind allerdings auch ein bisschen wenig, wenn wir denken, wie lange wir das schon haben. Und im Vergleich zu den Kosten im Strassennetz und zu den übrigen Autokosten, ist es eigentlich gar nicht so viel. Heute Morgen waren wir mit der Finanzkommission bei ASTRA. Das ist das Strassenamt vom Bund. Der Direktor von da, hat uns noch einmal dargelegt, weshalb eine CHF 100.- Vignette von Bedeutung sei. Die Kantone werden mit dem Netzbeschluss, 400km bisher vom Kanton unterhaltene Strassen dem Bund übergeben. Das ist der Netzbeschluss. Dazu muss es eine Kasse geben, damit man den Unterhalt und mögliche Ausbaustrecken machen kann. Ich mache keinen Hehl daraus – ich war übrigens im Parlament nicht für CHF 100.- weil es Zwischenschritte gab, weil man doch eine gewisse Angst vor dem Ausbau hat. Nicht, dass wir noch für eine zweite Gotthard Röhre von diesem Geld brauchen werden. Aber, dass zu den 1800km Strassen, die der Bund bereits jetzt betreuen muss, noch 400km dazukommen – das muss jemand bezahlen. Es ist eigentlich auch ein bisschen eine Gegenmassnahme zu der Milchkuh Initiative von der Strassenlobby, die dem ÖV wichtige Mittel entziehen möchte. Wir müssen auch daran denken, dass im Februar die FABI zur Abstimmung kommt, wo es um den Ausbau und die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs geht. Wir müssen dazu stehen, dass es verschiedenen Mobilitätsformen in diesem Land gibt. Für den öffentlichen Verkehr wird ein neues Gefäss geschaffen, damit dieser sich nachhaltig entwickeln kann. Auch die Strassen müssen unterhalten werden. Auch das ist ein Verkehrsträger und auch dieser braucht Geld. Wenn wir dem ÖV Geld geben, geben wir auch mit einer Autobahnvignette die CHF

Kantonaler Parteitag, 24. Oktober 2013

60.- zusätzlich. Und ich denke, es ist richtig und wichtig, weil wir hier auch ein Ja sagen können. Es ist auch so, dass man bereits in Aussicht stellt und das ist auch das Problem, dass diejenigen welche nur selten auf der Autobahn sind, dass es Zweimonatsvignetten geben wird für CHF 40.- und es wurde ebenfalls in Aussicht gestellt, dass diejenigen welche eine Wechselnummer haben, dass diese nur noch eine Vignette brauchen. Es geht also nicht darum, dass man jemanden einseitig abreißen will. Es ist allerdings ein Solothurner, der das Referendum ergreifen will. Ihr wisst, wer das ausgelöst hat. Ich denke, es ist ein klares Zeichen für den öffentlichen Verkehr und gleichzeitig ein Anerkennen, dass die Strassen ihren Unterhalt brauchen und deshalb empfehle ich euch auch hier ein Ja für die Autobahnvignette abzugeben. Merci.

Applaus

Bea Heim: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht, ich habe eine SVP Initiative, die sich Familieninitiative nennt und ich sage es klar: Diese Initiative ist eine Mogelpackung. An und für sich ist es eine Steuerinitiative, eine Initiative, die Geschenke macht, für Personen, die diese Geschenke gar nicht brauchen. Der Inhalt: Es geht darum, dass Eltern, die ihre Kinder selber zuhause betreuen - und das finde ich natürlich wichtig, denn es geht einfach darum, dass man qualitative Betreuung der Kinder hat - und dass man dafür einen Steuerabzug machen kann. Und zwar einen Steuerabzug in derselben Höhe, wie die Eltern, wo beide arbeiten müssen oder wollen, für ihre Kinder in der Krippe oder Tagesstätte machen können. Auf den ersten Blick könnte man sagen, endlich eine Initiative, für die Wertschätzung der Familie und es würde mich persönlich als Mutter sehr freuen, also könnte man auf den ersten Blick sagen: weshalb nicht? Klingt sympathisch, wir wollen doch alle Familien fördern. Familien haben es verdient und sehr viele haben es bitter nötig. Wir wissen, dass Kinder haben in der Schweiz nicht selten ein Armutsrisiko ist, eine beschämende Situation. Und deshalb setzen wir uns als Partei dafür ein, für höhere Familienzulagen, für die Befreiung der Kinder von der Krankenkassenprämie und für Kinderabzüge vom Steuerbetrag. Und deshalb haben wir, dank Peter Gomm, in diesem Kanton Ergänzungsleistungen für die bedürftigen Familien.



Die SVP bringt nun neue Töne. Auch im Rat, es ist richtig unter die Haut gegangen. Es hiess, die Familie sei das Fundament unserer Gesellschaft und in dieses Fundament müssten wir investieren. Stimmt. Aber ob es dieser Partei wirklich ernst ist, das muss man allen Ernstes auch fragen. Denn dieselbe Partei möchte bei der Bildung sparen, beim sozialen Wohnungsbau, bei der Prämienverbilligung, bei den Kinderlagen und ein Exponent ist sich nicht zu schade gewesen, ganz genau zu sagen, worum es ihm geht: Es geht ihm darum Flugzeuge zu finanzieren. Nein liebe Genossinnen und Genossen. Diese Initiative ist eine Mogelpackung und sie ist heuchlerisch. Dieser Partei geht es nicht um die Familie, es geht ihr nicht um die Kinder. Was diese Initiative wirklich möchte, sind neue Steuerabzüge, um das zu killen, was wir beschlossen haben. Nämlich Steuerabzüge für ausserhäusliche Kinderbetreuung. Aber diese Initiative möchte das Rad zurückdrehen in eine Zeit, wo es einen Mann gab, der das Oberhaupt der Familie war, das Geld nach Hause brachte und die Frau und Mutter ist zuhause mit den Kindern geblieben, mit dem Essen auf dem Herd, ist brav da gestanden und wartete auf seine Rückkehr. Diese Initiative möchte die ausserhäusliche Kinderbetreuung torpedieren und möchte eigentlich der ganzen Schweiz per Verfassung ihr Familienmodell auferlegen. Damit torpediert sie die Möglichkeit, dass die Familie heute ihr Familienmodell frei wählen kann. Diese Initiative macht einmal mehr Steuergeschenke und zwar für Familien, denen es finanziell sowieso schon gut geht. Wir wissen ja alle, dass gerade die armen Familien von solchen Steuerabzügen gar nichts haben. Auch von dieser Initiative profitieren nur die gut Situierten und das sind bei den Familien ganz klar eine Minderheit. Berappen würden wir es alle, berappen tut es die Allgemeinheit und ich kann euch sagen, dass es ein teurer Spass wird. Bund und Kanton rechnen mit Steuerausfällen von 1,4 Mrd. pro Jahr. Rund 400 Mio beim Bund, 1Mrd bei den Kantonen und wir haben eben von Fränzi gehört, wie es dem Kanton Solothurn geht. Für den Kanton Solothurn würde es bedeuten, 51,5 Mio weniger Einnahmen wegen diesen Steuerabzügen, von denen nur wenige profitieren können. Das bedeutet, dass wir in diesem Kanton nicht 150 Mio sparen müssten, wie die Regierung offenbar jetzt möchte, sondern 206 Mio und der Kanton wäre nicht verschnupft, sondern hätte langsam aber sicher eine Lungenentzündung. Es ist klar, was uns allen immer droht: mehr Steuern für den Mittelstand, sparen bei der Prämienverbilligung, bei der Bildung, im ÖV, bei den Ergänzungsleistungen. Alles die Bereiche, die gerade für die Familie besonders zentral sind. Und als man das im Saal gesagt hat, ist Toni Brunner ein bisschen zurückgewichen von seinem Mikrofon, wo er sonst immer sehr lautstark tut. Er sagte, dass man in diesem Fall ja eigentlich generell bei den Betreuungsabzügen reduzieren könne, beziehungsweise effektiv auf null gehen könne. Da war der Schuss draussen. Im Klartext bedeutet dies, dass er am liebsten den jetzigen Abzug für ausserhäusliche Betreuung liquidieren würde, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf torpedieren und mit seinen Steuerinitiativen, wie ich gesagt habe, sein Familienbild in die Verfassung zementieren. Offensichtlich kennt diese Partei die Realität der heutigen Familien nicht, dass für 60% der Familien ein Verdiener schlicht nicht reicht und, dass deshalb beide arbeiten gehen müssen. Wenn also beide arbeiten gehen müssen, aber auch wenn beide arbeiten gehen wollen, dann braucht es einfach eine Gelegenheit die Kinder in Betreuung geben zu können. Was möchte der heutige Fremdbetreuungsabzug? Er möchte die Gleichbehandlung dieser Familien, mit denen, wo sich eine Per-

son ganz auf die Kinderbetreuung konzentriert oder beide sagen, dass sie sich aufteilen, dass beide 50% arbeiten, was man aber auch noch vermögen muss und den Familien, wo beide arbeiten gehen müssen. Das bedeutet, ein Beispiel, bei einem Einkommen bei beispielsweise 100 000 Franken, soll gleichviel für eine Familie übrig bleiben, ob das Einkommen von einer Person verdient wird, oder von beiden – welche deshalb auf eine Fremdbetreuung angewiesen ist. Und genau das möchte die Initiative der SVP topedieren. Die Gleichstellung von allen Familienmodellen. Sie möchte den Ernährer Haushalt privilegieren. Ich habe bereits gesagt, dass es heute viele Familienmodelle gibt, die es Frau und Mann beiden erlaubt, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Und vielleicht darf man das auch heute gerade noch betonen: in der heutigen Schweiz sind die Frauen gut qualifizierte Berufsfrauen und ich finde, dass sie sich wie die Familienväter frei entscheiden können sollen, ob sie weiterhin im Beruf bleiben möchten, ob sie Teilzeit arbeiten möchte, ob sie sich ganz auf die Familie konzentrieren wollen. Diese Wahlfreiheit für beide Eltern vertreten wir, vertrete ich und ich finde das etwas ganz wichtiges. Und wenn man sieht wie hoch die Scheidungsrate in der Schweiz ist, da kann die SVP sagen, was sie will, die Initiative ist eine Falle für diejenigen, die sich trennen. Heute werden 50% der Ehen geschieden. Wenn nun jemand zuhause bleibt und bei einer Scheidung dann plötzlich arbeiten gehen muss, dann ist das sehr schwierig nach ein paar Jahren nicht mehr im Beruf gewesen zu sein. Und deshalb ist auch die Armutsquote bei den Alleinerziehenden sehr hoch. Was die SVP möchte, ist auch volkswirtschaftlich nicht das Gescheiteste. Denn heute haben wir einen Mangel an gut ausgebildeten Berufsleuten. Wir müssen diese im Ausland holen gehen. Offenbar möchte die SVP genau das. Wir hätten aber in der Schweiz ein grosses Potential an guten Berufsleuten. Wir müssen einfach dafür sorgen, dass es einfacher wird, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Und deshalb lehne ich diese Initiative ab. Sie leistet Geschenke, wo es keine Geschenke braucht, sie leistet absolut keinen Beitrag zur Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf, sie ist gleichstellungspolitisch ein Rückschritt, sie ist volkswirtschaftlich falsch und sie reisst grosse Löcher in den Steuerhaushalt, die schlussendlich dann alle ausbaden müssen, auch die Familien mit einem schmalen Portemonnaie. Deshalb bitte ich euch zu einem Nein zu dieser Retroinitiative. Wir haben es als Fraktion im Nationalrat ganz klar abgelehnt und ich bin auch überzeugt, dass diese Initiative am Parteitag, Delegiertenversammlung am Samstag abgelehnt wird. Ich bin aber nicht sicher, ob sie nicht eine Mehrheit in der Bevölkerung findet. Und das wäre familienpolitisch, volkswirtschaftlich, finanzpolitisch ein Eigengol.

Applaus

Franziska Roth: Liebe Genossinnen und Genossen – ihr habt es gehört: am Samstag ist der Parteitag in Baden und ich hoffe, ich werde da viele von euch sehen, um über diese Vorlage definitiv bestimmen zu können. Wir haben ja den Usus über schweizerische Vorlagen nicht abzustimmen. Trotzdem möchte ich fragen, ob es noch Wortbegehren gibt an Philipp, Bea oder an uns alle? (Keine Wortbegehren)

Dann sage ich noch einmal herzlichen Dank und wir kommen bereits zum 9. Punkt.

9. **Varia**

Gibt es von Euch unter Varia ein Wortverlangen? Nicht? Dann werde ich noch etwas sagen. Ich möchte mich ganz herzlich bei der Sektion Grenchen und dem Koch Urs Wirth für das wunderbare Risotto bedanken und möchte euch bitten den Grenchnern einen herzlichen Applaus zu geben.



Applaus.

Ich bitte euch Abstimmungsmaterial mitzunehmen, das hinten aufliegt. Wir gehen jetzt nochmals in den Abschluss der Abstimmungskämpfe. Hängt die 1:12 Fahne auf, geht raus, geht politisieren mit einfachen Worten. Wir geben dort noch einmal Vollgas. Bitte nehmt Material mit und verteilt es. Dann bitte ich euch das Referendum gegen Gripen zu unterschreiben, damit wir keine Flugzeuge kaufen müssen, wenn wir schon sonst kein Geld haben. Herzlichen Dank.



Der Parteitag ist geschlossen, 21:50 Uhr (Applaus)

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 12. November 2013